



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 116/2010 Kiel, 07. Oktober 2010

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Sozialpolitik

Sparen mit Augenmaß

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung erklärt die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Silke Jürgensen, zu dem Antrag der rot-grünen Kooperation „Die finanzielle Ausstattung des in Kiel ansässigen Frauenhauses und der Frauenberatungsstellen“, TOP 11.3:

„Sparen tut weh, sparen tut insbesondere dort weh, wo wir eigentlich keine Kürzungen wollen. Das Frauenhaus und die Beratungsstellen in Kiel leisten eine unschätzbare Arbeit für die Sicherheit der Frauen durch ihre Beratungsangebote für die viel zu vielen Frauen, die dringend Hilfe zu ihrem Schutz ihrer körperlichen und psychischen Unversehrtheit benötigen. Jede Frau, die den Schutz der Frauenhäuser benötigt, ist eine zu viel.

Und jetzt zwingt uns die finanzielle Situation in unserem Land, Sparmaßnahmen zu treffen. Und kein Bereich wird verschont. Das Land ist bei den Kürzungen im Bereich der Frauenhäuser und der Beratungsstellen sehr sensibel vorgegangen. Man hat nicht einfach den Rotstift angesetzt, sondern sich Gedanken gemacht, wie können diese Kürzungen kompensiert werden, damit eine Aufrechterhaltung der Leistungen, der Standards trotz allem gewährleistet werden kann. Die Frauenhäuser erhalten eine Erhöhung des Platzkostensatzes von 300 Euro pro Platz und eine Anhebung der Mindestgröße von 12 auf 15 Plätze. Die Frauen-Helpline wird künftig an allen Wochentagen von 10:00 bis 01:00 nachts besetzt, zugleich soll sie eine Lotsenfunktion wahrnehmen und Anrufe an Einrichtungen weiterleiten. Diese Maßnahme wird Beratungsstellen entlasten, die sich mehr Zeit für persönliche Gespräche nehmen können. Hier wird also zukünftig mehr Geld ausgegeben.

Und wenn die Berechnungsgrundlage die Anzahl der in einer Stadt lebenden Frauen zugrunde legt, ist dies eine absolut legitime Formel um den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln.

Dass viele Frauen aus den Umlandgemeinden in Kiel Hilfe suchen, spricht für die herausragende Arbeit, die hier geleistet wird. Aber jeder Kreis und jede Gemeinde hat die Aufgabe, hier Hilfsangebote zu machen. Um die landesweiten Einsparungen von 500 Tausend Euro möglich zu machen, sollen Beratungsstellen zusammengelegt werden. Dies muss auch für Kiel gelten.

Die Statistik der letzten Jahre über die Belegung der Frauenhäuser zeigt, dass es eine Entwicklung dahingehend gibt, dass die Zahl der aufgenommenen Personen (also Frauen mit ihren Kindern) gesunken ist, die Verweildauer in den Häusern dagegen gestiegen.

Hier müssen wir zukünftig andere Lösungen erarbeiten, damit die Frauen in einem sicheren Umfeld, aber in eigenen Wohnungen oder Wohngemeinschaften leben können, um die Plätze in den Frauenhäusern den Frauen zu überlassen, die in akuten Notsituationen die Zimmer dort benötigen. Es ist klar, dass das eine schwer zu lösende Situation ist und das bedeutet nicht, dass nun irgendjemand vor die Tür gesetzt wird, die Frauen sind schließlich nicht ohne Grund da. Es müssen aber Überlegungen angestrengt werden, hier eine Entlastung zu schaffen.

Sparen tut weh, besonders in diesem sensiblen, unsagbar wichtigen Bereich. Aber um zu einer Konsolidierung in unserem Land beizutragen, ist dies ein schmerzhafter Schritt. Sollte es dem Oberbürgermeister gelingen, hier Zugeständnisse beim Land zu erreichen, würden wir das natürlich sehr begrüßen. Wir stimmen dem Alternativantrag der CDU-Fraktion zu, da hier ein konkretes Konzept gefordert wird, welches weitreichender ist.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer